

Planbare Rahmenbedingungen für Bauern sicherstellen

Die Vollversammlung der Landwirtschaftskammer NÖ tagte am Montag, 14. Dezember. Im Mittelpunkt standen dabei unter anderem die Ausgestaltung der Gemeinsamen Agrarpolitik ab 2023 und die Forderung einer transparenten und konsequenten Herkunftskennzeichnung und eines nachhaltigen Beschaffungssystems.



Die Vollversammlung der Landwirtschaftskammer NØ tagte am Montag, 14. Dezember, in St. Pølten. Im Mittelpunkt standen dabei unter anderem die Ausgestaltung der Gemeinsamen Agrarpolitik ab 2023, die Umsetzung des Forstpaketes, der Ausbau und die Weiterentwicklung erneuerbarer Energien in Østerreich sowie die Forderung einer transparenten und konsequenten Herkunftskennzeichnung und eines nachhaltigen

Beschaffungssystems. Thema waren weiters die Auswirkungen der Corona-Pandemie, welche die aktuelle Situation beherrschen und noch länger spürbar sein werden, sowie die damit verbundenen Herausforderungen für Staat und Gesellschaft.

Werbung

Wirtschaftsmotor im ländlichen Raum

Auf die heimischen Bäuerinnen und Bauern ist Verlass, das haben sie im vergangenen Jahr einmal mehr unter Beweis gestellt. Denn die Land- und Forstwirte haben die Versorgung mit regionalen Lebensmitteln und Rohstoffen durchgängig sichergestellt. Die Absicherung einer stabilen, nachhaltigen und bäuerlichen Land- und Forstwirtschaft ist daher wichtiger denn je. Schauen wir auf das letzte Jahr zurück, können wir stolz darauf sein, dass wir trotz aller notwendigen Einschränkungen unsere Aufgaben erfüllt haben. Als Landwirtschaftskammer haben wir für klare Rahmenbedingungen für die bäuerlichen Betriebe gekämpft und Perspektiven geschaffen. Die Betriebsführer haben das angenommen und sind den Herausforderungen in gewohnter Manier mit Mut und Zuversicht begegnet, betont Johannes Schmuckenschlager, Präsident der Landwirtschaftskammer NØ. Das zeigt unter anderem die Tatsache, dass die Covid 19-Hilfsmaßnahmen von den Land- und Forstwirten überproportional in Anspruch genommen werden. Damit stellen die bäuerlichen Betriebe auch unter Beweis, dass sie der Wirtschaftsmotor im ländlichen Raum sind.

Planbare Rahmenbedingungen für die Zukunft gewährleisten

Wir Bæuerinnen und Bauern wissen, dass es Umstænde gibt, die man nicht beeinflussen kann und an die man sich anpassen muss. Das kennen wir von unserer tæglighen Arbeit, die von einer Vielzahl von Umwelteinflpssen afhængig ist. Der realistiske Blick auf nicht ænderbare Gegebenheiten kommt uns gerade in einer Zeit wie dieser zugute und hilft uns, das Bestmøgliche aus der Situation zu machen , ist Schmuckenschlager pberzeugt. Dennoch brauche es auch in Zukunft entsprechende Maánahmen und vor allem klare und planbare Rahmenbedingungen fpr die bæuerlichen Betriebe, um erfolgreich wirtschaften zu können , erklært Schmuckenschlager. Berpcksichtigung mpsses hier auch entsprechende Unterstþtzung fpr jene bæuerlichen Betriebe finden, die durch die Corona-Krise unter Druck geraten sind.

Praxistaugliche Ausgestaltung der GAP ab 2023

Hinsichtlich der Gemeinsamen Agrarpolitik (GAP) wurde das Grundgerpst mit der Einigung der EU Agrarminister festgelegt. Nun geht es um eine praxistaugliche Ausgestaltung der GAP ab 2023. Wesentlich ist in diesem Zusammenhang insbesondere, Landwirtschaft sowie Klima- und Umweltschutz gleichermaßen zu berpcksichtigen. Ebenso gilt es, den erfolgreichen Weg Østerreichs pber freiwillige Umweltmaánahmen (zB ØPUL) fortzufphren und zu honorieren.

Betreffend einer lpckenlosen Herkunftskennzeichnung ist es höchst an der Zeit, ein praxistaugliches und gesetzlich verpflichtendes Herkunftsauslobungsprogramm in der Gemeinschaftsverpflegung zu etablieren sowie das AMA-Gptesiegel auf weitere Lebensmittelgruppen auszuweiten. Weiters ist die systematische Weiterentwicklung der øffentlichen Beschaffung unabdingbar, um weitere Schritte in Richtung Nachhaltigkeit und Regionalitæt zu setzen.

Fpr die von der Klimaverschlechterung massiv betroffene Forstwirtschaft ist die rasche Umsetzung des Investitionspaketes sowie die Hilfsmaánahmen fpr Borkenkæferschæden ab dem Jahr 2018 dringend notwendig.

Um den Anteil an erneuerbarer Energie in Österreich zu erhöhen und ein Erreichen des 100%-Ökostrom-Zieles bis 2030 zu ermöglichen, sind im Erneuerbaren Ausbau Gesetz (EAG) entsprechende wirtschaftliche und technische Rahmenbedingungen festzulegen. Wesentlich ist es, bestehende Biomasse-Anlagen abzusichern und den Ausbau von Neuanlagen zu ermöglichen sowie Perspektiven für die Weiterentwicklung der Stromerzeugung aus Photovoltaikanlagen zu schaffen.

Besuchen Sie uns auf: fleischundco.at